



WILLI-EICHLER-
AKADEMIE e.V.

Willi-Eichler-Akademie e. V. und Willi-Eichler-Bildungswerk

Wir suchen den Dialog zu allen, die den politischen Diskurs im Sinne unserer Grundwerte führen und politisches Engagement als einen wichtigen Pfeiler unserer demokratischen Ordnung sehen.

Wir bieten Programme und Fortbildungen an, die die Teilhabe an der demokratischen Meinungsbildung ermöglichen. Neben allgemeinen politischen Themen richten wir uns aber auch mit einem Qualifizierungsprogramm an diejenigen, die sich engagieren wollen und hier Unterstützung und Fortbildung suchen.

Wir analysieren aktuelle Trends und nachhaltige Entwicklungen mit dem Schwerpunkt auf dem kommunalpolitischen Ehrenamt. Dies gilt sowohl für die persönliche als auch für die inhaltliche Qualifizierung. Im Rahmen eigener Projekte oder im Auftrag bietet die Willi-Eichler-Akademie eine fundierte Basis und Struktur für eine qualifizierte Auseinandersetzung mit Themen an.

Wir verstehen uns auch als Netzwerk und führen Entwicklungen, Themen und Personen innerhalb der Region zusammen. Dabei suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen Bildungswerken in NRW und Partnern, die an ähnlichen Fragestellungen interessiert sind. Wir bieten unsere Leistungen an und suchen den Austausch von Ideen. Hintergrundgespräche und Networking-Veranstaltungen bieten den Raum für Gespräche und Begegnungen. Wir informieren über aktuelle Trends im Bereich der Public Affairs, der politischen Kommunikation und des politischen Campaigning. Dies geschieht durch Veranstaltungen, Publikationen, unseren Rundbrief und aktuelle Informationsangebote im Online-Bereich.

Impressum

Willi-Eichler-Akademie e.V.
Venloer Wall 15, 50672 Köln
Vorsitzender: Martin Schilling

Layout/Gestaltung und Druck
graphik und druck, Dieter Lippmann, Köln

Bildnachweise:
© AdobeStock, Vlad, © Stefan Stader, © European Union 2019-Source:EP, © pixelio

Gaby Bischoff

IMPULSE

Die Konferenz zur Zukunft Europas –
Aufbruch in Richtung einer demokratischeren
und handlungsfähigeren EU

OKTOBER 2020

WWW.WEB-KOELN.DE

10

Die Konferenz zur Zukunft Europas – Aufbruch in Richtung einer demokratischeren und handlungsfähigeren EU

„Ihre Stimme wurde heute in Brüssel gehört. Denn Europa gelingt nur mit der Unterstützung seiner Bürgerinnen und Bürger.“ Das waren die Worte von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember 2018 nach Abschluss der von der EU-Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten veranstalteten sogenannten „Bürgerdialoge“. Doch was ist hiervon geblieben? Die Ergebnisse der Dialoge wurden auf einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs diskutiert und die Berücksichtigung für die Zukunft versprochen. Auch zwei Jahre später sind hieraus keine konkreten Initiativen erwachsen. Kein Wunder, dass immer mehr Menschen mit einer solchen Beteiligung auf Unions-ebene unzufrieden sind.

Die Zeit des Wiederaufbaus zur Überwindung der Covid-19-Pandemie und ihrer Folgen muss nun endlich genutzt werden, um eine neue und innovative Form der Bürger*innenbeteiligung zu wagen. Die geplante Konferenz zur Zukunft Europas bietet die einmalige Gelegenheit, dieses Versprechen in die Tat umzusetzen.

Bereits am 7. Januar 2020 folgte ich der Einladung von Stefan Stader in den Europäischen Salon in Berlin, um mit Bürger*innen darüber zu diskutieren, wie wir die Konferenz zur Zukunft Europas als Chance nutzen können, gemeinsam die Herausforderungen unserer Zeit in Angriff zu nehmen.

Demokratie stärken

Die Rückkehr zum alten Prinzip der Nominierung der Kandidat*innen für das Amt der Kommissionspräsidentschaft hinter den verschlossenen Türen des Rates



enttäuschte viele Bürger*innen. Mit ihrer Stimme für eine*n der Spitzenkandidat*innen glaubten sie, dass sie die Vergabe des höchsten Amts in der Europäischen Union direkt beeinflussen könnten. Es kam jedoch anders. Der Europäische Rat ernannte Ursula von der Leyen zu seiner Kandidatin für das Amt, obwohl diese nicht Spitzenkandidatin einer europäischen Partei und damit auch nicht Teil des europäischen Wahlkampfs gewesen war. Am 16. Juli 2019 wurde sie daraufhin nur knapp bestätigt. Der gesamte Vorgang löste eine breite Debatte über den Zustand des demokratischen Systems auf Unionsebene aus. Im Eurobarometer fiel erstmalig seit Jahren die Zustimmung zum demokratischen System der EU.

Um die kritischen Stimmen zu beruhigen, griff Ursula von der Leyen den Vorschlag des Europäischen Parla-

ments auf, eine zweijährige Konferenz zur Zukunft Europas einzuberufen. Hierbei stellte sie in Aussicht, bei entsprechender Zustimmung, das Spitzenkandidat*innenprinzip sowie auch transnationale europäische Wahllisten mit auf die Agenda zu setzen. Zur Bürger*innenbeteiligung im Rahmen der Konferenz sagte Frau von der Leyen damals: „Die Menschen müssen im Mittelpunkt unserer gesamten Politik stehen. Ich wünsche mir daher, dass sich alle Europäer aktiv in die Konferenz zur Zukunft Europas einbringen und ihnen eine maßgebliche Rolle bei der Festlegung der Prioritäten der Europäischen Union zukommt. Nur gemeinsam können wir unsere Union von morgen aufbauen.“ Dem ist grundsätzlich zuzustimmen. Aus meiner Sicht als Mitglied des Europaparlaments steht in Bezug auf die Konferenz insbesondere eines im Mittelpunkt: Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet den idealen Rahmen, um in enger Zusammenarbeit mit den Bürger*innen, dringend benötigte Reformprozesse voranzutreiben.

Gemeinsame Herausforderungen bedürfen solidarischer Lösungen

Der Bedarf nach Reformen bestand schon seit Jahren, mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie wurden Schwachstellen noch offensichtlicher. Die gravierenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen der Corona-Pandemie führen uns nochmals vor Augen, dass wir den Wiederaufbau Europas nur gemeinsam und solidarisch meistern können. Gleichzeitig trat die mangelnde Handlungsfähigkeit der Europäischen Union deutlich zum Vorschein. In zentralen Politikfeldern, die für die erfolgreiche Bewältigung der Folgen der Pande-



mie von besonderer Bedeutung sind - etwa im Gesundheitsbereich – fehlen der EU die notwendigen Kompetenzen, um entschlossen zu handeln. Die Pandemie hat schnell nationale Reflexe hervorgerufen, etwa in Form von willkürlichen Grenzschließungen, mit den damit verbunden Folgen für EU-Bürger*innen, (insbesondere Grenzgänger*innen) wie auch für Unternehmen.

Das Friedensprojekt Europäische Union verliert so an Glaubwürdigkeit. Trotzdem gelang es der Europäischen



sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern. Gleichzeitig bedarf es einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Europäischen Union, damit sie gestärkt und handlungsfähiger aus der Krise kommt und so in der Lage ist, die Lebensbedingungen aller Europäer*innen langfristig zu verbessern. Gegenwärtig mangelt es an Ehrgeiz und einer Vision für das zukünftige Europa. Die EU navigiert in einem Meer von Maßnahmen, ohne zu wissen, wohin die Reise führt. Um uns ein klares Bild zu verschaffen, was auf dem Spiel steht und welche nachhaltigen Ziele wir verfolgen wollen, sollte grundsätzlich reflektiert werden, wie wir uns die Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses vorstellen. Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet den idealen Rahmen für eine solche Reflexion. Um die größtmögliche Öffentlichkeit und auch die Legitimität für diese Initiative zu schaffen, müssen die europäischen Bürger*innen von Anfang an eine zentrale Rolle spielen und ein wesentlicher Bestandteil der Konferenz sein. ■

Wie soll die Konferenz zur Zukunft Europas aussehen? Vorschlag des Europäischen Parlaments

In der Resolution vom 15. Januar 2020 fordern wir Europaparlamentarier*innen die Organisation der Konferenz zur Zukunft Europas in zwei eng miteinander verwobenen Dimensionen: Auf der einen Seite stehen hierbei Vertreter*innen des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente, des Rates, der Kommission, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Europäischen Ausschusses der Regionen, Sozialpartner und organisierte Zivilgesellschaft. Diese sind in der Plenarversammlung der Konferenz vertreten. Die zweite entscheidende Dimension stellen Bürger*innenversammlungen dar mit nach repräsentativen Kriterien zufällig ausgewählten Unionsbürger*innen, die die Vielfalt der EU widerspiegeln. Diese sogenannten Bürger*innenagoren sollen zudem durch Jugendagoren ergänzt werden, um auch der besonderen Rolle von jungen Europäer*innen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren Rechnung zu tragen. Die Agoren könnten u.a. folgende relevante Themen aufgreifen: Europäische Werte, Grundrechte und -freiheiten, demokratische und institutionelle Aspekte der EU, umweltpolitische Herausforderungen und Klimakrise, soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung, Wirtschaftsfragen einschließlich Besteuerung, digitale Transformation und Sicherheit und

Union bislang, sich von einer Krise in die nächste Krise zu retten. Einer der Tiefpunkte der letzten Krisenjahre war sicherlich mit dem Brexit erreicht. Erstmals in der Geschichte der Union entschloss sich ein Mitgliedstaat, diese zu verlassen. All dies sollte als Weckruf verstanden werden: Die Existenz der EU steht auf dem Spiel, falls wir fortfahren wie bisher. Wir benötigen eine handlungsfähige Europäische Union, die mit einer Stimme spricht, Entscheidungen trifft und diese auch umsetzt.

Ein Paradebeispiel für Europas Handlungsunfähigkeit ist die fehlende Solidarität, wenn es um eine gerechte Verteilung der Geflüchteten geht. Deutlich wird dies am Beispiel des griechischen Flüchtlingscamps Moria. Selbst nach einem Großbrand in dem Lager sind die 27 nationalen Regierungen innerhalb der EU nicht in der Lage, sich auf eine solidarische Hilfsaktion zu einigen. Vielen Menschen in Europa ist dieser Mangel an Koordination und Solidarität nicht nachvollziehbar.

Legitimation durch Bürger*innenbeteiligung

Die politische Agenda wird in den kommenden Jahren von den Wiederaufbaumaßnahmen bestimmt sein. Dabei darf es nicht nur darum gehen, die dramatischen

die Rolle der EU in der Welt. Zu den jeweiligen Themenfeldern sollen politische Prioritäten formuliert und konkrete Vorschläge für deren Umsetzung auf Unionsebene ausgearbeitet werden, mit denen sich in einem zweiten Schritt die Plenarversammlung befassen soll.

Vorschlag der Europäischen Kommission

Auch der Vorschlag der Europäischen Kommission sieht grundsätzlich eine offene, transparente und strukturierte Bürger*innendebatte vor. So sollen Bürger*innen und Expert*innen in regelmäßigen Abständen in themenspezifischen Podiumsdiskussionen zusammenkommen. Darüber hinaus soll eine Online-Plattform die Transparenz der Debatten gewährleisten und eine breite Beteiligung fördern. Die Kommission äußert sich jedoch nicht dazu, wie konkret mit den Vorschlägen der Bürger*innen im Rahmen der Konferenz verfahren würde.

Vorschlag des Rats der Europäischen Union

Zuletzt folgte schließlich am 19. Juni 2020 das Konzept des Rats zur Konferenz zur Zukunft Europas. Dieser sieht die Unterteilung der Konferenz auf unterschiedliche Ebenen vor und ähnelt damit strukturell zunächst dem Vorschlag des Europäischen Parlaments. Inhaltlich richtet sich der Vorschlag an der Strategischen Agenda 2019-2024 des Rates aus: Nachhaltigkeit, gesellschaftliche Herausforderungen, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Transformation, elementare Werte, Rechte und Freiheiten und die internationale Rolle der EU stehen im Fokus. Doch wie die Kommission bleibt der Rat in seinem Vorschlag zögerlich in seinen Angaben, welchen nachhaltigen Einfluss und welche konkreten Auswirkungen die Ergebnisse der Konferenz auf die EU-Politik haben sollen. Als Ergebnis ist ein Bericht an den Europäischen Rat vorgesehen, sodass der Konferenz hier lediglich eine Rolle als Inspirationsquelle für die zukünftige Entwicklung der EU-Politik zukäme. Eine solche Geringschätzung der Ergebnisse der Konferenz ist jedoch in Anbetracht der besonderen Bedeutung der Bürger*innenbeteiligung in der Gestaltung der Europäischen Union nicht ausreichend. ■



Warum brauchen wir eine echte Bürger*innenbeteiligung?

Der europäischen Jugend eine Stimme verleihen

Gerade für junge Menschen hat die Corona-Pandemie fatale Auswirkungen. Eine ganze Generation muss sich vorerst von dem normalen Schul- und Universitätsbetrieb verabschieden – vielleicht sogar bis zu ihrem Abschluss. Insbesondere sozial benachteiligte Jugendliche, die stärker auf die Unterstützung von Pädagog*innen und Lehrkräften angewiesen sind oder nicht über die digitale Infrastruktur verfügen, um den Unterricht überhaupt von zu Hause zu verfolgen, werden ihrer Chancen beraubt. Junge Menschen können nicht ausreichend ausgebildet werden, weniger Praxiserfahrung sammeln oder den geplanten Austausch, sei es im Rahmen der Schule, Hochschule oder in der Ausbildung, antreten. In einigen Mitgliedstaaten, wie beispielsweise Spanien, ist die Jugendarbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise erneut rasant angestiegen. Mehr als 40% der unter 25-Jährigen in Spanien sind derzeit arbeitssuchend. Diesen Jugendlichen müssen wir eine Perspektive bieten. Die Konferenz zur Zukunft Europas soll hier als erster Schritt dienen, dass junge Europäer*innen die Möglichkeit erhalten, ihre Anliegen und Prioritäten, aber auch ihre Ängste und Kritik aktiv einzubringen.

Den inklusiven Diskurs fördern

Mehr Partizipation und echte Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger*innen dürfen kein Lippenbekenntnis bleiben. Die Konferenz muss sich von den bisherigen Formaten der Bürger*innenbeteiligung in der EU unterscheiden, die sich lediglich an ein Fachpublikum gewendet haben, dass sich ohnehin innerhalb eines beruflichen oder ehrenamtlichen Engagements mit der EU befasst. In einem inklusiven offenen Prozess wollen wir insbeson-

dere auch die Europäer*innen einbinden, die sich nicht unmittelbar von europäischer Politik angesprochen fühlen oder eben Zweifel und Vorbehalte gegenüber der EU hegen. Nur, wenn wir auch diese Kritik ernst nehmen, können wir gemeinsam Vorschläge erarbeiten, die zu einer handlungsfähigeren EU für alle Bürger*innen führen.



Gerade durch eine breite Partizipation der Bürger*innen kann die Legitimität für notwendige Reformen in der EU erhöht werden. Während der zweijährigen Konferenz sollen – wenn es nach dem EP geht – sogenannte Rückkoppelungsschleifen zwischen den institutionellen Gremien und den Bürger*innenagoren geschaffen werden. Auf diese Weise können die Bürger*innen nachvollziehen, welche konkreten Einflüsse ihre Vorschläge haben. Live-Streams aller Sitzungen und die Veröffentlichung aller Dokumente sollen hierbei größtmögliche Transparenz schaffen. Um auch nationale Perspektiven einzubeziehen, muss den Europaparlamentarier*innen eine Scharnierfunktion in Zusammenarbeit mit Vertreter*innen nationaler Parlamente sowie nationaler Parteien zukommen. Hierdurch wäre gewährleistet, dass die in den Gremien diskutierten Themen in alle 27 Mitgliedsstaaten transportiert und somit eine

Debatte stimuliert würde, die möglichst alle relevanten Interessen einbezieht.

Chance auf einen Neustart ergreifen

Die Konferenz zur Zukunft Europas sollte ursprünglich am 9. Mai 2020 – am 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung – beginnen. Aufgrund der Corona-Pandemie war dieser Termin jedoch nicht zu halten. Angesichts unionsweit erneut steigender Infektionszahlen könnte der Startschuss wieder verschoben werden. Dies darf jedoch nicht dazu führen, das Ziel der Durchführung einer zukunftsweisenden Konferenz unter aktiver Bürger*innenbeteiligung aus den Augen zu verlieren. Es war Jean Monnet, der Verfasser der Schumann-Erklärung, der einst sagte: „Der Mensch akzeptiert keine Veränderungen, solange er nicht das Gebot der Stunde dafür sieht, und er sieht die Notwendigkeit nicht, solange er nicht in einer Krise steckt“.

Am 1. Juli übernahm Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Die deutsche Bundesregierung steht nun in der Pflicht, die Brisanz der derzeitigen Lage zu erkennen und den Beginn der Konferenz zur Zukunft Europas soweit wie möglich voranzutreiben. Insbesondere muss diese die Konferenz öffentlichkeitswirksam bewerben und bereits vorab den Dialog mit Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen suchen. Zusätzlich sollte sie die EU-Kommission auffordern, ihre eigens für die Konferenz geschaffene multilinguale Online-Plattform bereits im Vorlauf zu der eigentlichen Konferenz freizuschalten, um auch den Dialog über die Staatsgrenzen hinaus zu fördern. Die Konferenz zur Zukunft Europas ist die einzigartige und vielleicht auch die vorerst letzte Chance das Vertrauen der Europäer*innen (zurück) zu gewinnen, und so die EU gemeinsam in eine solidarische und krisenfeste Union zu wandeln. Nutzen wir den schuman'schen Augenblick! ■



(Copyright Bild: European Union 2019-Source:EP)

Gaby Bischoff ist eine leidenschaftliche Europäerin, Gewerkschafterin und Feministin. Seit 2019 ist Gaby Bischoff Mitglied des Europäischen Parlaments. Von 2008-2019 hat sie beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes gearbeitet. Darüber hinaus hat sie als Präsidentin von 2015 bis 2019 die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) vertreten, dem europäischen Haus der Zivilgesellschaft in Brüssel.